

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Sozialmoral	577	Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften.	
Gesetzgebung und Verwaltung. Heeresverwaltung und Arbeiterbeschäftigung. — Zur gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung	579	— Der Krieg und die Gewerkschaften Ungarns. — Die schweizerischen Gewerkschaften und der Krieg.	581
		Aus Unternehmerkreisen. Die Verwendung der Streikentschädigungsklassen zur Kriegshilfe	584

Sozialmoral.

Vor noch nicht langer Zeit stritt man sich um die Frage, ob die deutsche Arbeiterversicherung schädigend auf das Volksganze wirke. Schwarzseher malten grau in grau. Sie sahen in der breiten Masse der Arbeiterbevölkerung ein Heer von Rentenfürchtigen, in dem der einzelne sich auf die Hilfe der Allgemeinheit und nicht auf die eigene Kraft verlasse. Der Typ der Vertreter dieser Auffassung war der Professor Bernhardt, der durch Vermischen und Verwischen, durch Drehen und Deuteln und durch halbe und falsche Mitteilungen aus den Tatsachen des Lebens ein Bild schuf, das dunkel und schreckhaft die schwere psychische Infektion der deutschen Arbeiter zeigte. Und andererseits wieder entstanden der deutschen Sozialpolitik der Arbeiterversicherung und dem Arbeiterchutz Verteidiger, deren Schilderung als das Hohelied der Sozialversicherung bezeichnet wurde.

Nun hat das Schicksal die Probe aufs Exempel gemacht, eine Probe, die uns besser erpart geblieben wäre. Leider hat sich das deutsche Volk ihr fügen müssen, und wir alle freuen uns nun der Tatsache, daß es sie so glänzend bestanden hat. Wie haltlos, wie klein, wie unsagbar geringwertig erscheint uns nun die Auffassung der Bernhardt, Friedensburg und der Leute ihres Schlages. Ich blättere in dem Bernhardt'schen Buche und lese:

Wir wissen aus den Studien über die Psychologie der Massen, daß die epidemische Verbreitung ungesunder Ideen am meisten dadurch gefördert wird, daß das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen schwindet. Und gerade das ist in hohem Maße infolge der sozialen Versicherung eingetreten.*)

Dabei geht die Verbreitung der elementarsten Anschauungen soweit, daß der Rentenbezug geradezu als eine Ehre betrachtet wird.**)

Denn die Arbeiterversicherung zeitigt moralisch und hygienisch unerwünschte Folgen, die man anfangs als unvermeidliches Uebel in den Kauf nahm, die aber allmählich den Segen der Arbeiterversicherung überhaupt in Frage stellen.***)

*) Bernhardt: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik, II. Auflage, S. 74/75.

***) a. a. O. S. 75.

****) a. a. O. S. 90.

Noch sind es nicht zwei Jahre her, daß diese Bewertung der Sozialmoral des deutschen Volkes gedruckt wurde. Ich sagte vorhin, der Hauptvertreter der schwarzseherischen Richtung war Professor Bernhardt. War Bernhardt! Ist er es heute noch? Ist er heute noch der alten Meinung oder wird er heute die Worte unterschreiben, die der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann kürzlich zur Charakterisierung der heutigen Situation fand:

„Die große Zeit, die unser Volk wie mit eiserner Pflugschar aufwühlt und in seiner Seele scheinbar schlummernde Kräfte machtvoll ans Licht bringt, hat auch den bisher nicht voll erkannten Segen der Arbeiterfürsorge offenbar gemacht. Sie erwies sich als eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft. Was man von ihnen verweichlichenden und entnervenden, von ihren politischen Enttäuschungen erzählte, waren Märchen.“*)

Ja, Märchen waren es, Märchen, die als das Ergebnis professoraler Forschung und Wissenschaft in die Welt gingen und die jetzt Tag für Tag ad absurdum geführt wurden. Wenn wir sie nicht fühlten und spürten und merkten allüberall, ein Blick in die Tagespresse genügte, um uns die außerordentliche moralische Kraft, die hohe unübertreffliche Sozialmoral und physische Kraft zu zeigen, die im deutschen Volke steckt. Nur wenige Zitate:

„Unsere Infanterie ist in diesen Tagen 50 und 60 Kilometer marschiert und hat sich am Abend ihre Quartiere erst mit dem Bajonett erobern müssen. Diese beispiellose Leistung unseres Ostheeres wurde erreicht nach den Anstrengungen einer dreitägigen Schlacht, nach ungeheuren Marschen eine Woche vorher, bei der Einkesselung der russischen Rarow-Armee.

Sie hat mehr geleistet, als man annehmen durfte, daß selbst deutsche Soldaten zwingen könnten.“ (Bericht vom 14. September in der „Post“.)

„Wenn er (Professor Alberto del Monte, nach der „Post“ vom 16. 9. 14, Nr. 441) auch kein endgültiges Urteil abgeben könne, so halte er es doch für seine Pflicht, nur seiner Bewunderung für

*) Siehe „Die Woche“ vom 19. September 1914, Nr. 38.

Was wir von allen fordern, das ist ein unerfütterliches Festhalten an der Sache der Gewerkschaften, die die Krise, die sich öffnet, durchschreiten und überleben muß. So fest wie jeither müssen wir unsere gesamten Ideen bewahren und den Glauben an ihren endgiltigen Triumph. Die Arbeiterinternationale wird immer das Ziel unserer Anstrengungen bleiben, Brennpunkt aller unserer Hoffnungen, wollen wir nicht, daß sie im Gewittersturm vernichtet wird. Denn wir wissen, daß der Tag kommen wird, wann die Völker ihr mehr vertrauen werden und ihre Kraft gesichert haben werden, wo sie der einzige Schutz des Friedens und der Zivilisation sein wird."

Das war die letzte offizielle Kundgebung der Konföderation. Aber die Gewerkschaften stellten trotz des Krieges ihre Tätigkeit nicht ein. Ihre Tätigkeit während des Krieges ist eine doppelte: zu verhindern, daß gewissenlose Unternehmer versuchen, die Löhne zu drücken — der Versuch ist gemacht worden — und möglichst die Masse der Arbeitslosen und der Familienangehörigen der Mobilisierten zu unterstützen. Die Unterstützungsaktion ist fast das einzige Gebiet geblieben, auf dem die Gewerkschaften während des Krieges tätig sein können. Die geringen Mittel der französischen Gewerkschaften und die Größe des Elends machen diese Tätigkeit natürlich sehr schwierig. Dank der freiwilligen Beiträge, die durch die Sammlungen eines großen nationalen Unterstützungscomités auch den Gewerkschaften zuzuschießen, war es möglich, in Paris in den Bezirkslokalen der Gewerkschaften für die Mitglieder der Gewerkschaften und deren Angehörigen gratis tägliche Mahlzeiten zu verabreichen. Das große, nahezu vollendete Gewerkschaftshaus in Paris wurde der Militärbehörde zu sanitären Zwecken zur Verfügung gestellt. Auch in anderen Städten wie Paris sind ähnliche Vorkehrungen von den Gewerkschaften getroffen worden. In diesem Sinne versuchen die französischen Gewerkschaften inmitten des Krieges den Geist der Arbeitersolidarität lebendig zu erhalten.

Bordeaux, 14. September 1914.

J. S.

Krieg und die italienische Bevölkerung.

Es dürfte zurzeit gewiß interessant sein zu wissen, wieviel Italiener durch den Kriegsausbruch in ihre Heimat reisen mußten und wieviel Mehreinwohner Italien zurzeit zählt, Mehreinwohner, die zum großen Teil mittellos dort angekommen sind und für deren Existenz Italien heute zu sorgen hat. Weil nun aber in den neutralen Staaten heute noch eine ansehnliche Zahl Italiener vorhanden sind, während diese in den direkt vom Krieg betroffenen Staaten bis auf ganz wenige zurückgeblieben sind, so muß bei einer Zählung dieser Moment auseinandergehalten werden.

Wir nehmen die Angaben der Staaten von den letzten Jahren und da ergibt sich folgendes Bild:

I. Italiener der direkt am Krieg beteiligten Länder:

	Nieder gelassene	zeitweise anwesend	total
England	26 584	4 038	30 622
Belgien	3 543	1 000	4 543
Frankreich	407 200	63 370	470 570
Rußland	4 849	1 283	6 132
Serbien und Montenegro	800	1 000	1 800
	442 976	70 691	513 667

II. In deutschsprechenden Staaten:

Deutschland	180 000	64 950	244 950
Oesterreich	80 000	30 151	110 151
Ungarn	10 000	4 948	14 948
Bosnien und Herzegowina	1 000	—	1 000
Luzemburg	9 000	1 472	10 472
	280 000	101 521	381 521

III. Italiener in neutralen Staaten:

Schweiz	135 000	88 777	223 777
Niederlande	233	—	233
Türkei, Bulgarien, Griechen- land und Rumänien	34 448	2 285	36 683
Spanien und Portugal	5 619	625	6 244
Schweden und Norwegen	356	117	473
	175 656	91 754	267 410

Man wird also kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß von diesen total 1 162 598 Italienern im Ausland zirka eine Million in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, und es gewiß keine kleine Aufgabe für die italienische Regierung sein dürfte, die geeigneten Maßnahmen für diese große Zahl Angekommener zur Linderung von Not und Arbeitslosigkeit zu finden.

Polizei, Justiz.

Sind unsere Gewerkschaften politisch?

Die unter der obigen Ueberschrift unter Nr. 40 wiedergegebene Äußerung aus Gewerkschaftskreisen ist nicht ganz zutreffend. Der Wortlaut des Schreibens des Berliner Polizeipräsidenten, durch den die Politischerklärung der Gewerkschaften zurückgenommen wurde, lautet wie folgt:

Berlin C. 25, 24. September 14.

Der Polizeipräsident.

Tagebuch Nr. 1054. VII. 5. 14.

Unter Bezugnahme auf Ihre mündliche Besprechung mit meinem Referenten, Regierungsrat von Bergen, teile ich Euer Hochwohlgeboren ergebenst mit, daß ich in den Verwaltungsstreitsachen Leipart, Cohen, Bruns, Schmidt, Schumann und Witt wider mich die angefochtene Verfügung vom 1. April d. J. hiermit des Krieges wegen zurückziehe. Ich stelle anheim, nunmehr die betroffenen Centralverbände beziehungsweise Zahlstellen zu veranlassen, ihre Klagen bei dem hiesigen Bezirksauschuß zurückzunehmen.

gez. Jagow.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat September 1914 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. der Gärtner für 1. Quart. 1914	300,04 Mk.
" " Lithographen für 1. Quartal 1914	698,30 "
" " Gutmacher f. 1. u. 2. Quartal 1914	781,60 "
" " Gemeindegewerkschafter f. 2. Qu. 1914	1 909,56 "
" " Steinsetzer f. 2. Quart. 1914	911,60 "
" " Zimmerer f. 2. Quart. 1914	2 500,— "
" " Friseur f. 3. Quartal 1914	74,20 "

Berlin, den 1. Oktober 1914.

Hermann Rube.

dieses Volk Ausdruck zu geben, das heute den Beweis für die größte moralische Kraft und für jene vollendete Organisation zu einem einheitlichen Ganzen liefert, die einen Staat auf die höchste Stufe der Vollkommenheit erhebe und ihn der höchsten Ziele würdig mache. Seine Bewunderung sei groß für dieses Volk, das stark in der heutigen Wirklichkeit und nicht in fernen Hoffnungen lebe, die unermessliche Gefahr vorausjah und sich furchtlos auf sie vorbereitete. . ."

"Seit Wochen im Tag- und Nachtkampf, schlafend mit dem Finger am Abzug, in tiefen, nassen Schützengraben unter den Wolken des Himmels stündlich den Tod vor Augen, und was schlimmer ist, gräßliche Verstümmelung oder Gefangenschaft, und doch den Sieg erzwingen — den Willen im Herzen. Seien wir unserer besten Volksgenossen würdig und neiden wir ihnen die Ehre, um den Preis der Größe und Ruhe Deutschlands ihr Blut zu versprechen. Dann werden wir mit derselben Zuversicht wie anfangs die neuen Scharen hinausgeleitet, und kein Opfer wird uns umwerfen und die Herzen schwach machen."

(Major a. D. E. Morath im „Berliner Tageblatt“ vom 20. September 1914, Nr. 497.)

"Man hat sich vorher gefragt, ob unser enterbtes Geschlecht den Krieg aushalten würde. Erfreulicherweise wird der Krieg ertragen: vom Bauer so gut wie vom Städter, und auch der Berliner von N. und W. hält ihn aus. Unser Volk hat noch die Nerven, um einen Krieg zu führen, und um dem Tod ins Angesicht schauen zu können. Das ist ja der Zweck des Krieges. Der Krieg ist der Kampf um den Tod. Wir sehen, daß die todesüberwindenden seelischen Kräfte tatsächlich in unserm Volke vorhanden sind und auch der Glaube, daß es einen Zweck hat, für das Vaterland, für die Zukunft, für Haus und Hof zu sterben. Das beweisen die Truppen in der Schule des Krieges tagtäglich."

(Raumann am 27. 9. 14 im Festsaal des Charlottenburger Rathauses, nach der „Post“ Nr. 403 vom 28. 9. 14.)

"Nach 52 stündiger Eisenbahnfahrt sofort im Sturmschritt ins Gefecht, die Artillerie im Galopp vor, gegen einen hartnäckigen, übermächtigen, gut verborgenen Feind, dessen eines Regiment bis auf 200 Meter an uns herantam — das macht man uns nicht so leicht nach!"

(Generalleutnant v. d. Golz, nach dem „Berliner Tageblatt“ vom 28. 9. 14, Nr. 493.)

"Unsere Truppen haben im gegenwärtigen Feldzug nicht nur mit dem größten Heldennut gekämpft und die sehr erheblichen Anstrengungen und Strapazen mit staunenswerter Ausdauer ertragen, sondern auch bei Verwundungen eine unergleichliche Selbstüberwindung an den Tag gelegt. Der Gesundheitszustand ist, mit Rücksicht auf ernste innere Erkrankungen, bis jetzt beim ersten bayerischen Armeekorps günstig zu nennen. Besonders verdient erwähnt zu werden, daß die seinerzeit im russisch-japanischen Kriege so häufig beobachteten nervösen und geistigen Erkrankungen bisher nur in ganz verschwindend seltenen Fällen aufgetreten sind, trotzdem das ruhige tagelange Aushalten unserer Truppen in den Schützengraben

unter dem schwersten feindlichen Artilleriefeuer die größten Anforderungen an die nervöse Widerstandskraft des Soldaten stellte — ein glänzendes Zeugnis für die Kraft und Unverbrauchtheit der Nerven unseres Volkes."

(„Berliner Tageblatt“ Nr. 492 vom 28. 9. 14.)

"Nächst Gott dem Herrn ist dieser glänzende Erfolg Eurer Opferfreudigkeit, Euren unübertrefflichen Marschleistungen und Eurer hervorragenden Tapferkeit zu danken."

(Tagesbefehl des Generalobersten v. Hindenburg am 2. September 1914.)

"Eurer Kampfesfreudigkeit, Euren bewunderungswürdigen Marschleistungen und Eurer glänzenden Tapferkeit ist dies zu danken."

(Derselbe im Tagesbefehl vom Ende September nach der „Deutschen Tageszeitung“ vom 2. Oktober 1914.)

"Ich habe Großes von Euch gefordert und Ihr habt es geleistet!"

(Tagesbefehl des Generalobersten v. Bülow vom 28. August 1914.)

"Wir haben sie gesehen nach hartem Kampf mit entsetzlichen Verlusten, nach langen Märschen bei glühender Sonnenhitze, beim Vorbeimarsch zur Schlacht und beim Zurückgehen an den ersten bedrückenden Tagen — immer dieselbe Begeisterung, derselbe Opfermut und vor allem auch dasselbe Vertrauen in die Führung. . . Ich habe nie für möglich gehalten, daß auch unter den Soldaten eine so brennende Gier zum Kampf vorhanden sein könnte. . . Jedenfalls kann sich das deutsche Vaterland zu einem solchen gesunden und kraftstrotzenden Volk beglückwünschen. . ."

(Feldpostbrief nach den Angaben eines höheren Offiziers über die Bayern im „Tag“ vom 16. 9. 14.)

Zum Schluß noch ein paar Worte aus dem Telegramm des Kaisers an den Generalobersten v. Hausen vom 7. September 1914:

"Seit dem Beginn des Krieges erreichte die dritte Armee durch anstrengende Märsche, durch vieltägige, verlustreiche und noch andauernde Kämpfe mit den feindlichen Truppen und den verräterischen Landesbewohnern große Erfolge und hat es allen anderen Armeen an Ausdauer und Tapferkeit gleichgetan. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen und Ihren braven Truppen meine höchste Anerkennung und meinen kaiserlichen Dank auszusprechen."

Ähnlich so in allen Kundgebungen der Truppenführer. Zu Hunderten ließen sich diese Zitate fortsetzen. Nur eine Stimme des Lobes für die moralische und physische Stärke des Volkes in Waffen.

Es ist so, wie schon im Leitartikel in Nr. 36 des „Correspondenzblatt“ gesagt ist: Der Krieg hat in allen Volkskreisen ganz ungeahnte soziale Kräfte geweckt und sozialfeindliche Bestrebungen eliminiert.

Das Bewußtsein sozialer Pflichtenfüllung ist in solch hohem Maße in unserem Volk zum Durchbruch gekommen, daß sich die Schwarzseher und Kassandriner beschämt und zerknirscht in die Ecke stellen müssen. Solche Leistungen, wie sie vom deutschen Volke in den letzten Monaten vollbracht wurden, sind

nur möglich gewesen, weil in Friedenszeiten die Volkskraft gepflegt und gefördert wurde, weil Arbeiterversicherung, Arbeiterschutz und vor allem auch die Arbeiterbewegung das soziale Gewissen geschärft haben. Der Hinweis auf die Pflicht der Erfüllung sozialer Aufgaben hat nicht den einzelnen jag und mutlos gemacht, sondern in ihm die Ueberzeugung der Notwendigkeit sozialer Pflichterfüllung gestärkt. Die kulturelle Friedensarbeit, nicht zum wenigsten die der Arbeiterbewegung, zeigt jetzt ihre Früchte in dem elementaren Aufschäumen der Ueberzeugung, daß jeder einzelne dem Großen, Ganzen zu dienen hat, daß es nicht auf sein Leben, sondern auf das Leben des Volkes ankomme. Welch hoher Idealismus offenbart sich im Volke, welches starkes Pflichtgefühl, welche Sozialmoral!

Und welche moralische und seelische Stärke der Zurückgebliebenen! Man denke sich einmal hinein in die Gemütsverfassung des Weibes, das mit seinen Kindern von Tag zu Tag wartet auf Nachricht von dem gleich in den ersten Tagen eingezogenen Ehemann. Immer geht der Briefträger am Hause vorbei. Jede Hoffnung auf einen Brief ist vergebens. Und zu der nagenden und zehrenden Ungewißheit: der Hunger und die Not. Wie soll eine Frau mit 42 Mt. sich und zwei Kinder durchs Leben schlagen. Ich nehme noch an, daß die Gemeinde den gleichen Unterstützungssatz zahlt wie der Staat. Der Winter steht vor der Tür, der Winterbedarf müßte eingekauft werden. Woher die Mittel dazu nehmen? Und die gleiche Frage wieweit der Arbeitslose auf. An den Seinen zehrt nicht die Sorge um sein Leben, aber die Not, die physische Not um so mehr. Seit Monaten ohne Arbeit. Die Unterstützung der Gewerkschaft reicht nur — leider — für das Allernotdürftigste. Noch sind die Gemeinden nicht überall ihrer Pflichten für diese Opfer des Krieges eingedenk geworden. Vom frühen Morgen bis zum Abend auf der Suche nach Arbeit. Und immer vergebens! Hungrig gehen die Kinder zur Schule, kein Frühstück kann ihnen die Mutter mitgeben. Und doch — wie erträgt das Volk diese Lage. Auch in den Zurückgebliebenen eine Seelengröße, ein Heldentum, das nur versteht, wer die Arbeiterschaft kennt.

Das Volk als Ganzes ist wie der einzelne Mensch. Nur auf einen moralisch gesunden Menschen ist Verlaß, nur ein tüchtiger Mensch kann große Leistungen vollbringen und nur ein moralisch gesunder, ein tüchtiges Volk kann solche Leistungen bewältigen, wie sie das deutsche Volk in diesen Tagen vollbracht hat, kann das in solcher Haltung ertragen, was das deutsche Volk ertragen mußte.

Und diese Gesamtleistung, die wir sehen, ist die Summe unzähliger Einzelleistungen, das Gesamtbild, das vor unserem Blicke auftaucht, setzt sich aus zahlreichen Einzelheiten zusammen, die wir gar nicht genau erkennen können. Wir können nur ahnen, was für schlummernde Kräfte im Volk erweckt sind. „Euren Taten verdanke ich die mir gewordene Auszeichnung“. Nur zu wahr sind diese Worte, die jetzt so mancher Truppenführer seinen Soldaten sagt. Das Heldentum des einzelnen tritt nicht hervor. Ungenannt und unerkannt bleiben die meisten. Manch einer, der schlummert den ewigen Schlaf, von dessen seelischer Größe wir nichts wissen, dessen Taten aber dem ganzen Volke dienen. Manch einen noch wird die kühle Erde decken, der heiß am Leben hängt, um den das Weib und die Kinder bangen, und der doch sein Leben für das

Volk in die Schanze schlägt. Manch Hunger ist noch ungestillt bei den Zurückgebliebenen und sie ertragen alles, ohne laut zu klagen.

Wir, die wir zurückgeblieben, wir, das Volk, haben auch ihnen allen gegenüber Pflichten zu erfüllen. Ihnen, den Hinterbliebenen der Gefallenen, und allen anderen gegenüber, die sonstwie durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen sind. Das sind die Aufgaben, die uns, die dem Staate obliegen. Das sind die großen sozialen Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, als Ausfluß unserer Sozialmoral. Jetzt darf den Gemeinden die Arbeitslosenversicherung nicht mehr eine „blaue Utopie“*) sein, jetzt dürfen materielle Opfer nicht gescheut werden zur Erhaltung unseres Volksorganismus, jetzt hat sich der Opferinn auch zu betätigen auf materiellem Gebiet. Auch die Privatwirtschaft muß die großen sozialen Pflichten erfüllen, die die Gegenwart für sie bietet. In dem schon erwähnten Leitartikel in Nr. 36 und seinen Fortsetzungen in den weiteren Nummern des „Correspondenzblatt“ sind diese Pflichten geschildert. Wir verweisen deshalb darauf. Wir Arbeiter, die wir nur unser Leben, unsere geistige und körperliche Kraft dem Volke widmen können und ihm widmen, streben mit Recht fordern zu können, daß das geschieht als soziale Pflicht, als ein Gebot der Sozialmoral.

Rud. Wissell.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Heeresverwaltung und Arbeiterbeschäftigung.

Die wiederholten Klagen darüber, daß in den Betrieben der Heeresverwaltung eine allgucliche Ausnützung der Arbeitskräfte unter Zuhilfenahme von Ueberstunden stattfindet, zum Nachteile der Arbeitslosenfürsorge, haben der Heeresverwaltung Anlaß gegeben, den ihr unterstellten Betrieben eine Reihe von Grundätzen zur Berücksichtigung zu empfehlen, die die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ in Nr. 248 d. Jg. wiedergibt. Sie lauten:

Die zurzeit im Reiche herrschende Arbeitslosigkeit macht es notwendig, mit allen Mitteln möglichst vielen Arbeitern und Arbeiterinnen Verdienst zu verschaffen. In den Betrieben der Heeresverwaltung hat sich zwar hierzu bereits seit Eintritt der Mobilmachung weitgehende Gelegenheit geboten. Durch andere Arbeitseinteilung, Feierschichten usw. wird es sich aber voraussichtlich ermöglichen lassen, einem noch größeren Personenkreise Verdienst zu verschaffen. Hierbei muß allerdings in Kauf genommen werden, daß sich der Verdienst des einzelnen unter Umständen niedriger als bisher stellt.

Vorausgesetzt sei, daß das Bestreben, die Leistungsfähigkeit der Militärbetriebe und der Privatbetriebe, die mit Aufträgen für die Heeresverwaltung betraut sind, unter allen Umständen auf der erforderlichen Höhe zu erhalten, allen anderen Rücksichten vorangehen muß. Soweit es hiernach möglich ist, muß auf folgendes Bedacht genommen werden:

1. Ueberstundenarbeit ist zu vermeiden, wenn die Verhältnisse es gestatten, die Aufträge mit einer neunstündigen oder kürzeren Arbeitszeit durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern zu bewältigen.

2. Wo zurzeit in mehr als neunstündigen Schichten gearbeitet wird, ist auf die Einführung

*) Friedensburg: Die Praxis der deutschen Arbeiterversicherung, Berlin 1911, S. 47.

ihre Unterstüßungen einstellen würden. In der Stadt Berlin z. B. gestaltete sich die seitherige Wirksamkeit der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung folgendermaßen:

	Zahl der Arbeitslosen	4,50 Mk. v. Kopf wärde betragen Mk.	Tatsächlich sind gezahlt Mk.	Die Stadt hat also erspart Mk.
1. Woche	11 829	53 230,50	40 206,69	13 020,81
2. "	14 879	66 955,50	45 874,22	21 081,28
3. "	14 828	66 726,—	42 909,75	23 816,25
4. "	8 641	38 884,50	26 856,90	12 027,60

Infolge der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen hat die Stadt Berlin in 4 Wochen 70 000 Mk. oder mehr als 40 Proz. ihrer Ausgaben erspart, die sie hätte zahlen müssen, wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht unterstützt hätten. Es ist zu hoffen, daß die brandenburgischen Gemeinden nicht eigenfönnig auf ihrem Standpunkt verharren, sondern sich die Sache nochmals reiflich überlegen oder durch höhere Einsicht zur Umkehr veranlaßt werden.

Auch die Gesellschaft für Soziale Reform hat die Berliner Vorortgemeinden dringend eruchtet, mit den Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten. Sie erklärt:

„Bei der Bekämpfung und Vinderung der durch den Krieg entstandenen Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses sämtlicher deutschen Gemeinden stehen und auch inzwischen fast überall tatkräftig angefaßt worden sind, sind die verschiedensten Formen der Ausführung gewählt worden. Ganz besondere Beachtung hat hierbei das Vorgehen der Stadt Berlin gefunden, bei dem ein bis in alle Einzelheiten geregelt Zusammenarbeiten zwischen Gemeinde, Landesversicherungsanstalt und denjenigen Arbeitnehmerorganisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, stattfindet. Der am 24. September 1914 unter Vorstß des Berliner Oberbürgermeisters unternommene Versuch, ein gleichartiges Vorgehen auch für die Groß-Berliner Vorortgemeinden anzubahnen, ist jedoch gescheitert; insbesondere stehen die mit dem Berliner Verfahren schwer in Einklang zu bringenden Beschlüsse der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und des Brandenburger Provinzialausschusses dem entgegen: die Landesversicherungsanstalt Brandenburg will zwar zu den gemeindlichen Unterstüßungen 50 v. S. Zuschläge gewähren, aber vorbehaltlich der Prüfung der Bedürftigkeit in jedem Einzelfalle.

Hierdurch wird insbesondere ein organisches Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmerorganisationen völlig ausgeschlossen, da ja deren Arbeitslosenfürsorge auf den Grundlagen der Arbeitslosenversicherung aufgebaut ist, bei der die Notlage nicht im einzelnen mehr geprüft, sondern bei Beschäftigungslosigkeit des Arbeiters im allgemeinen als gegeben angesehen wird. Die Arbeitnehmerorganisationen in Groß-Berlin sehen sich deshalb jetzt vor die Frage gestellt, ob sie unter diesen Umständen die Gewährung von Arbeitslosenunterstützungen überhaupt noch fortsetzen sollen. Denn wenn diese Organisationen jetzt einfach die von ihnen bisher gewährten Unterstüßungen weiter zahlen, so schaffen sie damit einen großen Kreis von Personen, die vielleicht nicht mehr als „bedürftig“ angesehen werden und die deshalb auf die von den Gemeinden und der Landesversicherungsanstalt zu gewährenden Unterstüßungen keinen Anspruch haben. Die Organisationen würden so also nur Gemeinden und Landesversicherungsanstalt entlasten und ihre eigenen Mittel erschöpfen, ohne daß ihnen irgendeine Gegenleistung hierfür erwachse. Es wird ihnen deshalb auch nicht verdacht werden können, wenn sie unter diesen Umständen ihre Arbeitslosenunterstützung völlig einstellen.

Das würde aber im Interesse gerade derjenigen Arbeitslosen, die sich durch ihre bisherigen regelmäßigen Beitragsleistungen zu den Unterstüßungseinrichtungen ihrer Organisation als vorfichtige und für die Zukunft vorförende Hausbater gezeigt haben, zu bedauern sein, da sie sich durch ihre Spartikalität ein gut begründetes Anrecht darauf erworben haben, in Zeiten der Not wenigstens etwas besser dazustehen als diejenigen, die sich eine solche Einschränkung in guten Zeiten nicht auferlegt haben. Aus diesen Er-

wägungen heraus erscheint auch der von manchen Gemeinden erhobene Einwand, daß gemeindliche Unterstüßungen im gegenwärtigen Augenblick nur den wirklich Bedürftigen zukommen dürften, als nicht stichhaltig. Gewiß müssen gerade jetzt die Gemeinden ihre Mittel nach Kräften zusammenhalten und müssen sich vor allen überflüssigen Ausgaben hüten. Aber wenn man bedenkt, daß es sich hier ausschließlich um solche Bevölkerungsteile handelt, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind und denen es zurzeit unmöglich ist, ihre Arbeitskraft zu verwenden, und wenn man andererseits erwägt, daß die Beträge, um die es sich hier handelt, lediglich dazu dienen können, daß die Lebenshaltung des einzelnen Arbeitslosen nicht allzu tief sinkt — denn von etwas anderem kann ja bei den hier in Betracht kommenden Unterstüßungsfällen nicht die Rede sein —, so kann jede Gemeinde es mit gutem Gewissen verantworten, wenn sie zu den Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften einen Beitrag leistet, zumal dadurch die Gewerkschaften auch gezwungen werden, die für die Zeit der Arbeitslosigkeit aufgesparten Summen nunmehr auch ihren Mitgliedern zugute kommen zu lassen. Und alles Geld, das jetzt dazu beiträgt, die Volkswirtschaft zu beleben, ja jeder Pfennig, der über das von den Gemeinden zu leistende Mindestmaß an Unterstüßungen hinaus den Arbeitslosen zugute kommt und der dadurch in der jetzigen Zeit auch für die Erhaltung der allgemeinen Volksgesundheit von größter Bedeutung ist, kommt schließlich doch immer wieder auch den Gemeinden selbst zugute.

Sollte es nun ausgeschlossen sein, daß in den Vorortgemeinden unter nachträglicher Abänderung der Beschlüsse des Provinzialausschusses und der Landesversicherungsanstalt Brandenburg das Berliner Muster ebenfalls befolgt wird, so könnten die Gemeinden ihrerseits doch sehr wohl selbständig ein Abkommen mit denjenigen Arbeitnehmerorganisationen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, treffen und ihnen zu den von ihnen zu leistenden Unterstüßungen einen Zuschlag aus Gemeindemitteln gewähren. Allerdings würde in diesem Falle für den einzelnen organisierten Unterstüßten der Zuschlag der Landesversicherungsanstalt wegfallen, den die Gemeinde sonst erhalten haben würde. Dafür wird ja aber an den Arbeitslosen die Unterstüßung aus den Mitteln der Organisation gezahlt, so daß eine unbedingte Ersparnis lediglich auf Seiten der Landesversicherungsanstalt eintritt. Denn ob bei einem solchen Zusammenarbeiten mit den Organisationen auch die Gemeinden Ersparnisse erzielen werden oder nicht, läßt sich im allgemeinen nicht im voraus berechnen, da die gewerkschaftlichen Unterstüßungsfälle ganz außerordentlich verschieden sind und es mithin darauf ankommen wird, welchen Gewerkschaften die einzelnen Arbeitslosen angehören. Das aber, was den Gemeinden unter allen Umständen abgenommen wird, ist die Ueberwachung der durch die Gewerkschaften unterstüßten Arbeitslosen, die um so unbedenklicher den Organisationen überlassen werden kann, als sie ja selbst das allergrößte Interesse daran haben, daß ihre Rassen nicht unnötigerweise geschwächt werden. Die hierdurch den Gemeinden erwachsende Entlastung von Geschäften dürfte an einzelnen Stellen so bedeutend sein, daß sie allein schon ein Zusammenarbeiten der Gemeinden mit den Arbeiterorganisationen rechtfertigen würde.

Wir erlauben uns deshalb, an die Groß-Berliner Vorortgemeinden hierdurch die ergebene Bitte zu richten, ein Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmerorganisationen, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, gütigst erwägen zu wollen.“

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Bäcker und Konditoren gewährt Notunterstützung an die Familien der zum Kriege eingezogenen Mitglieder in Höhe von 10 Mk. monatlich nur noch in den Fällen der Bedürftigkeit, in denen die Staatsunterstützung gemeinsam mit dem Ortszuschuß der Gemeinden zur Bestreitung des notwendigsten Lebensunterhaltes der Familie nicht ausreicht und die Familien vom früheren Arbeitgeber des Ernährers nicht mehr als 25 Mk. pro Monat für die Frau erhalten. Den Zahlfstellen wird die Einführung

achtstündiger Schichten hinzuwirken, sobald die Leistung des Betriebes eine Änderung der Arbeitseinteilung ohne Nachteil für die rechtzeitige Erledigung der Aufträge zuläßt.

3. Feiertagen, d. h. Beschäftigung der Arbeiter in ein- oder mehrtägigem Wechsel, werden dort, wo die vorliegende Arbeit nicht ein besonderes Einarbeiten und eine dauernde Beschäftigung verlangt, angezeigt und geeignet sein, zur Linderung der Not und besseren Verteilung des Verdienstes beizutragen, namentlich an Orten, wo die Arbeitslosigkeit besonders groß ist. Auf langjährig im Dienste der Heeresverwaltung tätige Arbeiter und solche mit starker, nicht erwerbsfähiger Familie muß naturgemäß Rücksicht genommen werden.

4. Wiederholt ist Klage geführt, daß mehrere Personen, die einen gemeinsamen Haushalt führen, zugleich in den Betrieben beschäftigt werden und so zusammen einen hohen Verdienst erzielen, während Familienväter mit mehreren erwerbsunfähigen Kindern und Witwen abgewiesen werden müßten und Not litten. Das ist zu ändern. Berufungen auf mehrjährige Dienstzeit können angesichts der allgemeinen Notlage nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein.

5. Personen, die bei Privatfirmen gegen angemessenen Lohn in Arbeit stehen und sich bei den Dienststellen nur deshalb um Arbeit bewerben, weil ihnen diese Arbeit besser zusagt, oder weil sie hoffen, einen höheren Verdienst zu erzielen, sind von der Einstellung grundsätzlich auszuschließen.

6. Ein Zwang im Sinne des Vorstehenden kann auf die mit Heereslieferungen betrauten Firmen zwar nicht ausgeübt werden, in vielen Fällen wird aber die vergebende Dienststelle ihren Einfluß zugunsten der Arbeitslosen mit Erfolg geltend machen können.

Im übrigen geben hier zur Sprache gebrachte Vorkommnisse zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

7. Landsturmpflichtige dürfen nicht deshalb von der Einstellung ausgeschlossen werden, weil sie noch nicht völlig dienstfrei sind. Erhalten sie ihren Gestellungsbefehl, dann bleibt es den Dienststellen immer noch frei, sie zu entlassen oder als unabkömmlich zu reklamieren.

8. Anschuldigungen gegen verschiedene mit Heereslieferungen bedachte Firmen, daß sie das Ueberangebot an Arbeitskräften ausnutzen und den Arbeitern ganz ungenügende Löhne zahlen, sind vielfach aus Arbeiterkreisen vorgebracht und auch in der Presse besprochen worden. Die Dienststellen werden hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten und in Fällen auffälliger Art die Lieferanten davon zu verständigen haben, daß sie von ferneren Lieferungen und Leistungen ausgeschlossen werden müßten, wenn sie fortfahren sollten, in der beschriebenen Art die Löhne zu drücken. Bei Neuanschreibungen wird es sich empfehlen, derartigen Vorgängen durch entsprechende Vertragsbedingungen vorzubeugen.

Schließlich wird noch auf folgendes zur Beachtung hingewiesen:

9. Den Bedarf an technischen Kräften aller Art vermittelt der Verein Deutscher Ingenieure in Berlin NW., Sommerstr. 4a. Handwerker und Arbeiter werden im Bedarfsfalle von einer im Reichsamt des Innern errichteten Centralstelle den Behörden unmittelbar nachgewiesen.

10. Auf die Verwendung freiwilliger, unbezahlter Kräfte als Boten, Schreiber usw. muß überall dort verzichtet werden, wo arbeitsfähige Arbeitslose

zu diesen Zwecken vorhanden sind. Ebenso ist es zu vermeiden, Personen, für deren Unterhalt in anderer Weise gesorgt ist, zu beschäftigen (Pensionäre, Angehörige von Beamten usw., deren Lebensunterhalt auch ohne eigene Arbeit gesichert ist, usw.).

11. Firmen, die für die Heeresverwaltung liefern, ist hinsichtlich Gewährung von Abschlagszahlungen nach Möglichkeit entgegenzukommen, um ihre finanzielle Leistungsfähigkeit, namentlich in bezug auf rechtzeitige Zahlung der Löhne zu erhöhen.

12. Die Strafanstalten sind während des mobilen Zustandes zur Deckung des Bedarfs an Geräten nicht heranzuziehen. Soweit es noch angängig ist, sind bereits erteilte Aufträge von den Strafanstalten zurückzuziehen.

13. Fortführung usw. von Bauten.

- a) Ausbesserungen usw. an baulichen Anstalten können nach wie vor ausgeführt werden.
- b) Größere Bauten, die sich bereits in der Ausführung befinden, sind, um sie dem Einfluß der Witterung zu entziehen, unter Dach zu bringen oder darüber hinaus soweit fortzuführen, als es die verfügbaren Mittel gestatten und vertragliche Verbindlichkeiten, die ohne Verluste für die Reichskasse nicht rückgängig gemacht werden können, es erforderlich machen.
- c) Neubauten, die ihrer Vollendung nahe sind, sowie kleinere bereits begonnene Bauten sind zu Ende zu führen, letztere unter Umständen in einfacher oder beschränkter Form.
- d) Soweit es im Interesse der Einschränkung der Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen zweckdienlich erscheint, Bauvorhaben über die vorstehend gezogenen Grenzen hinaus zu fördern, sind entsprechende Anträge an die zuständigen Stellen des Kriegsministeriums zu richten.

Zur gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung.

Angesichts der zwingenden Notwendigkeit, öffentliche Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, versuchen manche Gemeinden, ihrer feindseligen Stimmung gegenüber den Gewerkschaften dadurch Ausdruck zu geben, daß sie ein Zusammenwirken mit den letzteren ablehnen, aber gleichwohl die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auf die gemeindlichen Unterstützungssätze voll in Anrechnung bringen. Besonders eine Reihe von Vorortgemeinden Groß-Berlins gefällt sich in dieser Übung, angeregt durch einen Beschluß des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und des Provinzialausschusses Brandenburgs, wonach diese Anrechnung bezw. die Prüfung der Bedürftigkeit in jedem einzelnen Unterstützungsfalle die Voraussetzung zur Zahlung der den Gemeinden in Aussicht gestellten Zuschüsse bilden. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen von Groß-Berlin haben angesichts dieser Haltung der Gemeinden beschlossen, in solchen Gemeinden, in denen die gewerkschaftliche Unterstützung voll angerechnet wird, die Zahlung der letzteren einzustellen, falls nicht vorher eine ausreichende Verständigung eintritt. Zunächst soll diesen Gemeinden keinerlei Aufklärung über die gezahlte Unterstützung gegeben werden. Da ein Eingreifen des preussischen Ministeriums in Aussicht gestellt ist, so soll dessen Ergebnis abgewartet werden, ehe weitere Maßnahmen durchgeführt werden.

Die Gemeinden, die sich auf Kosten der Gewerkschaften zu entlasten suchen, würden sich selbst ins eigene Fleisch schneiden, wenn die Gewerkschaften

freiwilliger Extrabeiträge während der Dauer des Krieges empfohlen.

Der Deutsche Buchbinder-Verband verzeichnet am 3. Oktober 9002 völlig Arbeitslose. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit war 11 918 am 29. August.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat in seiner Statistik vom 12. September dieses Jahres 67 186 Mitglieder erfasst, von denen 14 502 (21,6 Proz.) zum Heeresdienst einberufen, 18 517 (27,5 Proz.) arbeitslos und 1603 (2,4 Proz.) krank waren. In beschränkter Arbeit standen 11 657 (17,3 Proz.) und 20 907 (31,1 Proz.) waren vollbeschäftigt. Der Verband hat im Zeitraum von 2 Wochen (30. 8. bis 12. 9.) 329 393 Mk. für Ortsunterstützung ausgezahlt. — Zu der von den Gewerkschaften veranstalteten Kriegstatistik bemerkt der „Korrespondent“ (Nr. 117):

„Diese Gewerkschafts-Kriegstatistiken machen es offenbar, welchen Faktor die deutschen wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen bei dem Weltbrande ausmachen. Sie bilden ein höchst respectables Rekrutierungsgebiet — die angegebene Endsumme ist ja zu niedrig und sie bezieht sich zudem nur auf die freien Gewerkschaften — und stellen jedenfalls mit das beste Soldatenmaterial zum Heere. Sie wenden durch ihr Unterstützungswesen im Innern Gefahren ab, entlasten Staat und Gemeinde in weitgehendster Weise und demonstrieren der Arbeiterschaft ihre humanitäre Bedeutung jetzt so überzeugend, daß die Unorganisierten nun wohl ohne Anwendung besonderer Agitationsmittel sich den Verbänden anschließen werden. Die Unternehmerschaft hat jetzt zum Teil in freimütigster Art den Gewerkschaften Anerkennung gezollt und Hilfe gesendet. Wo Differenzen auftauchten in dieser Zeit, da ist lediglich schönester Eigennutz oder übles Herrmentum die Ursache gewesen. Die Arbeiter gehen auf Weisung ihrer Leitungen gegenwärtig Konflikten aus dem Wege.“

Was im vorstehenden von den freien Gewerkschaften statistisch feststeht, läßt wenigstens ahnen, welche unermesslichen Opfer der Krieg in seinem ganzen Verlaufe von allen fordern wird. Der Tod hält ja auch bereits fürchterliche Ernte unter den zu den Waffen berufenen organisierten Arbeitern. Es ist außerordentlich wichtig, alles das nach Möglichkeit festzustellen, denn es muß dadurch gezeigt werden, wo die Öffentlichkeit helfend eingzugreifen und wie einmal der Staat den Gewerkschaften für ihre großen nationalen Taten während des Krieges zu danken hat. Wir kommen zu einem späteren Zeitpunkt näher auf dieses wichtige Kapitel zu sprechen.“

Der Centralverband der Dachdecker gewährt nach einem gemeinsamen Beschlusse des Centralvorstandes und der Gauvorstände seinen arbeitslosen Mitgliedern nach sechstägiger Karenzzeit ab 1. Dezember eine wöchentliche Unterstützung von 3 bis 6,90 Mk., je nach der Beitragsklasse und der Dauer der Mitgliedschaft, auf längstens sechs Wochen. Den Familien der Kriegsteilnehmer soll eine Unterstützung von 6—9 Mk., je nach der Zahl der Kinder gewährt werden. Die Umzugsunterstützung ist ab 1. Oktober für die Kriegsdauer aufgehoben, ebenso die Krankenunterstützung ab 15. Oktober.

Der Verband der Fleischer hat die Gründung eines Kriegshilfsfonds mit freiwilligen Extrabeiträgen a 50 Pf. und 1 Mk. beschlossen. Aus den Erträgen sollen die durch den Krieg in Not geratenen Mitglieder unterstützt werden.

Auch der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein hat einen Kriegsnotsfonds zur weiteren Unterstützung ausgesteuerter und nicht bezugsberechtigter Mitglieder errichtet. Die Beitragseinzahlung soll durch Sammellisten geschehen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte am 26. September dieses Jahres von 162 096

an der Zahlung beteiligten Mitgliedern 37 565 Arbeitslose, 4092 Kranke, 39 959 Einberufene und 80 480 in Arbeit Befindliche, von denen nur 38 533 mit voller Arbeitszeit arbeiteten. Der Höchststand der Arbeitslosen war 52 009 am 15. August.

Der Verband der Gut- und Filzwarenarbeiter hat in den Monaten August und September 120 000 Mk. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Seit dem 29. August sind die Sätze für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung herabgesetzt, die ersteren für Verheiratete auf 0,45 bis 1,— Mk. und für Ledige auf 0,35 bis 0,70 Mk., die letzteren auf 0,70 Mk. pro Tag. Auch die Sterbegeldsätze sind auf 15 bis 45 Mk. reduziert.

Der Verband aller in der Leder- und Lederhandschuhindustrie beschäftigten Arbeiter fordert die Ortsvereine zu Sammlungen auf, um der Not der Familien der zum Krieg einberufenen Mitglieder zu steuern und ihnen ein würdiges Weihnachtsfest zu bereiten.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker hat eines seiner hervorragendsten Mitglieder und Mitarbeiter seines Organs verloren. Richard Brenner, Redakteur des Braunschweiger „Volksfreund“, ist in Belgien gefallen. In Braunschweig hatten ihn die Genossen zum Stadtverordneten gewählt. Die Arbeiterbewegung wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte in der Woche vom 6. bis 12. September von 364 214 an der Zahlung beteiligten Mitgliedern 63 284 Arbeitslose und 408 018 Mk. Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung, in der Woche vom 13. bis 19. September unter 357 586 gezählten Mitgliedern 56 302 Arbeitslose und 394 553 Mk. Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung.

Der Verband der Sattler und Portefeuilleer hatte von den in Arbeit stehenden Mitgliedern seither vom Wochenverdienst eine Abgabe von 5 und 10 Proz. zugunsten der arbeitslosen Kollegen erhoben. Vom 10. Oktober ab sind an Stelle dieser Abgaben bestimmte Extrabeiträge eingeführt. Diese betragen

bei Wochenverdienst von	Extrabeitrag
24—30 Mk.	0,50 Mk.
über 30—36 "	0,75 "
" 36—42 "	1,— "
" 42—48 "	1,50 "
" 48 "	2,— "

Die „Fachzeitung der Schneider“ meinte in Nr. 40 vom 3. Oktober, daß sich die Arbeitgeberorganisationen mit ihren gefüllten Streikentschädigungskassen an den Gewerkschaften ein Muster nehmen sollten. Diese haben ihre in Friedenszeiten mühsam aufgespeicherten, zur Hebung der Wirtschaftslage ihrer Mitglieder bestimmten Gelder in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, sei es zur Unterstützung Arbeitsloser oder der Familien der Kriegsteilnehmer, und sie damit nationalen Zwecken zugeführt. Die Gewerkschaften bringen dies Opfer, obwohl sie voraussehen, daß vielleicht damit eine Schwächung ihrer Widerstandskraft nach dem Kriege eintreten kann. Sie haben das nationale Interesse über das Gewerkschaftsinteresse gestellt, ein Beispiel, das die Arbeitgeberorganisation zur Nachahmung anspornen müßte. Mit lediglich platonischen Erklärungen, daß die Verträge unangetastet bleiben sollen, sei in dieser bewegten Zeit allein nichts getan. Diese Zeit verlangt Taten. —

Diese Anregung scheint rasch auf guten Boden gefallen zu sein, denn bereits hat der „Adav“ (Allgemeiner deutscher Arbeitgeber-Verband) zu der Frage der Verwendung seiner Streifversicherungskasse für Kriegsfürsorgezwecke Stellung genommen. (Vergl. auch den Artikel auf S. 584 dieses Blattes.)

Der Centralverband der Schuhmacher gibt Extramarken zur Ansammlung von Mitteln, aus denen die Familien der zum Krieg einberufenen Mitglieder eine Weihnachtsbescherung erhalten sollen, aus.

Der Krieg und die Gewerkschaften Ungarns.

Nach zweijähriger schlechter wirtschaftlicher Konjunktur hofften die Leiter der ungarländischen Gewerkschaften, daß endlich Industrie und Handel aufblühen und dadurch auch die Gewerkschaften zu neuer Kraft und neuem Leben aufsteigen werden. Alle Hoffnungen wurden aber durch den Krieg zunichte gemacht. Der Krieg kam gerade zu einer Zeit, wo die Gewerkschaften durch die zwei Jahre andauernde Arbeitslosigkeit arg mitgenommen waren. Die ungarischen Gewerkschaften, die eine Durchschnittseinnahme von rund zwei Millionen Kronen jährlich haben, hatten in den letzten zwei Jahren vier Millionen und zweimalhunderttausend Kronen Ausgaben. Die materielle Stärkung unserer Gewerkschaften ging nur sehr langsam vorwärts und unzählige Hindernisse standen ihrer Entwicklung entgegen. Vor allem anderen konnten die Beiträge durch die niederen Löhne der Mitglieder nicht entsprechend erhöht werden. Nur wenige von den Gewerkschaften konnten einen Reservefonds zurücklegen. Unsere Gewerkschaften zusammengenommen verfügen nicht über soviel Vermögen als eine hinsichtlich der Mitgliederzahl und Vermögen an dritter Stelle stehende Organisation Deutschlands. Die Situation ist nun die, daß bei Ausbruch des Krieges die Gewerkschaften nicht nur unvorbereitet vor der vollendeten Tatsache standen, sondern auch wirtschaftlich vollständig erschöpft waren. Ein großer Teil der organisierten Arbeiter wurde eingezogen und der andere Teil wurde arbeitslos. Nur ein verschwindend kleiner Teil der organisierten Arbeiter ist in der angenehmen Lage, während des Krieges in Beschäftigung zu stehen. Die zum Militär Eingezogenen und die Arbeitslosen leisten natürlich keine Beiträge, so daß die Einnahmen der Gewerkschaften gerade jetzt, wo ihrer große Aufgaben harren, sehr tief gesunken sind.

Ueber das Verhältnis der Arbeitslosigkeit geben die Gewerkschaften folgende Ausweise:

Organisation	Zahl der Arbeitslosen		Zusammen
	Männer	Frauen	
1. Goldarbeiter	317	—	317
2. Tischler	506	—	506
3. Zimmerer	150	—	150
4. Schuhmacher	48	—	48
5. Zuderbäder	185	—	185
6. Schuberteilherrichter	98	73	171
7. Drechsler	30	—	30
8. Restaurationsgehilfen	80	—	80
9. Maler	550	—	550
10. Graphische Arbeiter	41	59	100
11. Buchbinder	247	156	403
12. Buchdrucker	1059	—	1059
13. Steinmeyer	186	—	186
14. Hafner	68	—	68
15. Kaffeehausgehilfen	110	—	110
16. Binder	23	—	23
17. Kaffeesieder	60	—	60
18. Maurer	500	—	500

19. Modellstecher	112	—	112
20. Schneider	400	—	400
21. Bildhauer	35	—	35
22. Bäcker	130	—	130
23. Textilarbeiter	64	—	64
24. Glaser	172	—	172
25. Eisen- u. Metallarbeiter	1208	—	1208

Zusammen 6379 288 6667

Dieser Ausweis datiert vom 21. August und zeigt, trotzdem nur von 25 Organisationen Daten vorhanden sind, daß die Arbeitslosigkeit in der schlechtesten Konjunktur nicht so groß war als jetzt. Hierzu kommt noch die enorme Lebensmittelsteuerung und der Umstand, daß die meisten in Arbeit Stehenden nur in halben Tagen arbeiten. Unter solchen Verhältnissen muß gerettet werden, was gerettet werden kann. Viele Gewerkschaften haben Darlehen aufgenommen, um die Arbeitslosen unterstützen zu können, andere waren gezwungen, die Unterstützungen zu reduzieren, um wenigstens etwas leisten zu können. Wenn jedoch der Krieg noch lange andauern sollte, dann müssen die Unterstützungen noch mehr reduziert oder auch ganz eingestellt werden.

Mit dieser Möglichkeit rechnend, hat sich der Gewerkschaftsrat an die Regierung gewendet, nicht so sehr um materielle Unterstützung, sondern um zu erreichen, daß die Arbeitsgelegenheiten vermehrt werden. Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Förderung des wirtschaftlichen Lebens könnte die Arbeiter vor dem größten Elend bewahren.

B u d a p e s t.

S. J.

Die Schweizerischen Gewerkschaften und der Krieg.

Von der „Helvetischen Typographia“, dem Organ des Typographenbundes, erschien nur eine Nummer (33 vom 14. August) zweiseitig, seither erscheint sie wieder vierseitig wie vorher.

Mehrere Gewerkschaftsverbände veröffentlichen fortlaufende Statistiken über die Mitgliederbewegung und bieten damit eine wertvolle Uebersicht über ihren jeweiligen Stand und die vorkommenden Veränderungen. So hatten die Holzarbeiter in der zweiten Septemberwoche in 71 Sektionen noch 3277 Mitglieder, wovon 1096 arbeitslos waren, 2619 waren im Militärdienst und 16 Sektionen hatten nicht berichtet. Für die dritte Septemberwoche waren die entsprechenden Zahlen 72, 3460, 1106, 2939 und 14.

Der „Textilarbeiter“ berichtet in seiner Nr. 36 vom 2. Oktober aus 76 Sektionen (8 solcher jandten keine Berichte): im Militärdienst 720 Mitglieder (559 Schweizer, 112 Deutsche und 59 Oesterreicher), ganz arbeitslos 1742 Mitglieder, teilweise arbeitslos 1308 Mitglieder, die 2 bis 4 Tage pro Woche arbeiten. Namentlich die Stiderei- und Seidenindustrie sind furchtbar in Mitleidenschaft gezogen.

Der Buchbinderverband hatte in der ersten Septemberwoche 189 Arbeitslose, wovon 78 verheiratet. Frauen und Kinder von Mitgliedern wurden 161 unterstützt. Im schweizerischen Militärdienst befanden sich 108, im ausländischen 81. Unter 18 Frank die Woche verdienen 92 und unter 10 Frank 23 Mitglieder.

Arbeitslos sind zum größten Teil die Uhrenarbeiter, da die hauptsächlich für den Export arbeitende schweizerische Uhrenindustrie nunmehr so gut wie lahmgelegt ist. Sie hat kaum noch Absatz, Außenstände im Ausland gehen nicht ein — die deutsche Kundschaft hat ihre Verpflichtungen mit